

17.01.2014

Klüngel

Landläufig wird dieser Begriff benutzt, wenn eine Gruppe von Menschen sich zusammentut, um sich gegenseitig zu helfen.

Gut, in manchen Bereichen macht dies sogar Sinn, nur, wenn die Politik die Finger mit im Spiel hat ist Vorsicht geboten.

Wir haben gewählte Volksvertreter, wir haben ein Parlament wo öffentlich debattiert wird, und wo der Bürger zuhören und sich dann ein Bild machen kann von den Ideen und Absichten der Volksvertreter.

Aber, dass über mehrere Monate im stillen Kämmerlein, Parteichefs mit der Regierung, über eine Grundsatzklärung verhandeln, hat eigentlich nichts mit den demokratischen Grundregeln zu tun, wie sie heute noch in der Schule gelehrt werden.

Nein, das sind die politischen Spielchen, vergleichbar mit den Verhandlungen auf föderaler Ebene vor zwei ein halb Jahren, wo auch nur die Parteichefs verhandelt und geklüngelt haben, und jeder versuchte für sich das Meiste und Beste herauszuholen.

Und wer sich die Gesichter der Verantwortlichen in der DG, bei der Pressekonferenz anschaut, und das Gelächter vernimmt, der weiß was Sache ist: Der Bürger bleibt außen vor!

Wenn es eine Grundsatzklärung für die Zukunft der DG gibt, dann sollte diese öffentlich im Parlament diskutiert werden, und der Bürger sollte hierüber informiert werden, und zwar mit allem Wenn und Aber.

Diese 5 Parteien stehen also hinter der Staatsreform, dann sollten sie auch reinen Wein einschenken, und den Bürgern erklären wie die Millionen, welche die DG weniger erhalten wird, aufgrund des neuen Finanzierungsgesetzes, aufgefangen werden.

Die klassische Politik hat wieder einmal gezeigt wo ihre eigentlichen Interessen liegen, im Erhalt der Macht. Und, dass uns dann auch noch vorgeworfen wird, wir wären gegen die Autonomie ist eine glatte Lüge. Man hätte besser vor einigen Jahren bereits auf uns gehört als wir vor den Beiträgen der Gemeinschaften für die Beamtenpensionen oder als wir auf die Gefahren der Staatsschuld hingewiesen haben, dies wird jetzt per Gesetz geregelt und Zahlen darf der Bürger.

Ohne einen finanziellen starken Föderalstaat schmilzt die Autonomie dahin.

Welche Ideen wohl die 5 Parteien diesbezüglich haben, ist fraglich.

Man feiert, und lässt sich feiern ohne Rücksicht auf Verluste.

Sie sind verstrickt in sich selbst, beschäftigen sich überwiegend mit sich selbst und hoffen, dass der Bürger nicht erkennt welches Spiel gespielt wird.

Ja, es ist ein Trauerspiel, und am Ende darf der Bürger die Zeche zahlen. Aber er hat die Wahl.

Michael Balter
Vivant Ostbelgien